

18. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

4. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Stenografisches Protokoll der 38. Sitzung - endgültige Fassung* -

4. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 26. Januar 2017, 13.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, E 400
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Dr. Hans-Ulrich Krüger, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- RAin Juliana Sophie Singer (Beweisbeschluss Z-100)	4
- Dr. Herbert Walter (Beweisbeschluss Z-105)	6
- Rainer Wiegard (Beweisbeschluss Z-106)	15
- Thomas Wiesenbart (Beweisbeschluss Z-86)	--
- Dr. Ulf Johannemann (Beweisbeschluss Z-85)	--

* Hinweis:

Die Korrektur des Zeugen Rainer Wiegard (Anlage 1) ist in das Protokoll eingearbeitet.



4. Untersuchungsausschuss

(Beginn: 13.08 Uhr)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne nunmehr unsere 38. Sitzung, die wir im Rahmen der Beweiserhebung durchführen werden, und zwar indem wir die für heute geladenen Zeugen einvernehmen. Da begrüße ich zunächst Sie, Frau Singer; ich begrüße Sie, Herrn Walter, und ich begrüße auch Sie, Herrn Wiegard.

Nach Artikel 44 des Grundgesetzes erhebt der Untersuchungsausschuss bekanntermaßen seine Beweise in öffentlicher Verhandlung. Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Gleichzeitig begrüße ich natürlich auch die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Bevor wir mit der Vernehmung der Zeugen beginnen, erlauben Sie mir bitte einige an Sie gerichtete Vorbemerkungen: Das Fertigen eigener Ton- und Bildaufnahmen während der öffentlichen Beweisaufnahme ist nicht zulässig; entsprechende Geräte sind abzuschalten. Zuwiderhandlungen gegen dieses Gebot können nicht nur zu einem Ausschluss von der Sitzung dieses Ausschusses führen, sondern auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Der **einzige Punkt der heutigen Tagesordnung** ist die Zeugenvernehmung:

Öffentliche Zeugenvernehmung

RAin Juliana Sophie Singer
(Beweisbeschluss Z-100)

Thomas Wiesenbart
(Beweisbeschluss Z-86)

Dr. Ulf Johannemann
(Beweisbeschluss Z-85)

Dr. Herbert Walter
(Beweisbeschluss Z-105)

Rainer Wiegard
(Beweisbeschluss Z-106)

Wie Sie der Tagesordnung entnehmen können, stehen insgesamt fünf Zeugenvernehmungen an,

einmal der Frau Sophie Singer, des Herrn Herbert Walter und des Herrn Rainer Wiegard sowie des Herrn Thomas Wiesenbart und des Herrn Ulf Johannemann.

Bezüglich der Zeugen Herr Wiesenbart und Herr Johannemann hat der Ausschuss in einer soeben durchgeführten Beratungssitzung beschlossen, vor dem Hintergrund der vor den einzelnen Fraktionen beabsichtigten Fragen und zur bestmöglichen Wahrung der Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse der Kanzlei Freshfields ausschließlich diese Zeugen in als Geheim eingestufter Sitzung zu vernehmen. Deswegen sind Herr Johannemann und Herr Wiesenbart also zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht hier. Ihre Vernehmung wird vielmehr in einem entsprechenden Sitzungssaal zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Für die übrigen Zeugen muss nach § 7 der Geheimschutzordnung eine entsprechende Beschlussfassung herbeigeführt werden, wenn wir über Verschlussachen der Geheimhaltungsgrade VS-Vertraulich oder höher beraten. Ferner wird dann auch ein Wechsel des Sitzungsortes erforderlich sein. Das ist für heute der Sitzungssaal 2.400 des Haushaltsausschusses. Von daher bitte ich meine Kolleginnen und Kollegen sehr darum, dass entsprechende Vorhalte, entsprechende Hinweise so strukturiert sind, dass wir zur Vermeidung mehrfacher Umzüge das dann en bloc in diesem entsprechenden Sitzungssaal durchführen können.

Offene Vorhalte aus eingestuften Akten sind nur in einer eingestuften Sitzung zulässig. In dem Falle eines Vorhalts möchte ich generell daran erinnern, dass die beigezogene Unterlage dem Zeugen durch den Fragesteller vorzulegen ist und eine klare Benennung der Fundstelle - sprich: MAT-Nummer - erfolgt.

Ferner ist bezüglich der Wortprotokollierung anzuführen, dass also auch im Falle der Einstufung der Sitzung als Vertraulich oder höher die Wortprotokollierung grundsätzlich weitergeführt wird. Bestehen hiergegen Einwände? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann ist durchgehende Wortprotokollierung beschlossen.



4. Untersuchungsausschuss

Ich begrüße noch mal Sie, Frau Singer bzw. meine Herren Zeugen, und stelle fest, dass Herr Dr. Walter sich im Beistand des bekannten Herrn Lange befindet.

(Heiterkeit)

Herr Lange, noch einmal, obwohl Sie es, denke ich, noch im Gedächtnis haben: Sie dürfen den Zeugen zwar beraten, Ihnen selbst steht jedoch kein Rede- und Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie eben eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung beantragen.

Das Beweisthema, Frau Singer, Herr Walter, Herr Wiegard, ist Ihnen zugegangen. Ich denke, auf eine Verlesung des Beweisthemas kann ich, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, hiermit verzichten.

Dann darf ich Sie noch darauf verweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach der Erstellung des endgültigen Protokolls gelöscht. Das Protokoll Ihrer Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugeschickt, und Sie haben dann die Möglichkeit, binnen zwei Wochen Ergänzungen, Korrekturen etc. vorzunehmen. Gibt es dazu noch Fragen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann muss ich Sie, Frau Singer, meine Herren, noch nach den Vorschriften der Strafprozessordnung, die im Untersuchungsausschussverfahren sinngemäß Anwendung finden, und nach den Vorschriften des PUAG belehren:

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Konsequenzen hinweisen, und zwar kann nach § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf

Jahren bestraft werden, wer vor einem Untersuchungsausschuss falsch aussagt.

Nach § 22 PUAG können Sie allerdings die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Personen, die im Sinne der Strafprozessordnung, § 52, Ihre Angehörigen sind, in die Gefahr bringen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu sein. Das sind Strafverfahren sowie Ordnungswidrigkeitenverfahren wie auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- und Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um Hinweis, damit wir eine entsprechende Einstufung vornehmen können.

Für Sie, Frau Singer, besteht natürlich nach § 22 Absatz 2 PUAG in Verbindung mit § 53 Absatz 1 Nummern 2 und 3 auch ein Zeugnisverweigerungsrecht im Hinblick auf Fragen, durch deren wahrheitsgemäße Beantwortung Sie Auskunft geben müssten über das, was Ihnen in Ihrer Eigenschaft als Rechtsanwältin bzw. Verteidigerin etc. dazu bekannt geworden ist.

Haben Sie da noch Fragen? - Das ist auch nicht der Fall, denke ich.

Zum Ablauf der Vernehmung noch kurz Folgendes: Sie haben zu Beginn nach § 24 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, zum Beweisthema en bloc vorzutragen. Dann werde ich einige Nachfragen stellen. Sie können allerdings sagen: Ich möchte gleich die Fragen beantworten. - Dann brauchen Sie kein Statement abzugeben. Und danach, wenn ich also meine Fragen gestellt habe, haben meine Kolleginnen und Kollegen das Recht, entsprechend dem Stärkeverhältnis der Fraktionen ihrerseits Fragen zu stellen. - Ich sehe, auch da gibt es keine Fragen.

Wenn Sie dann Ihrerseits das Wort ergreifen, bitte ich Sie - die Bitte kommt jedes Mal, und es ist jedes Mal berechtigt -, vorher das Mikrofon einzuschalten.



4. Untersuchungsausschuss

Wir beginnen nunmehr mit der Vernehmung von Frau Singer, und ich bitte die Übrigen, den Sitzungssaal zu verlassen. - Ich danke Ihnen.

**Vernehmung der Zeugin
Juliana Sophie Singer**

Frau Singer, noch kurz: Nach den allgemeinen Belehrungen hätte ich gerne Ihren vollständigen Namen. „Julia Sophie Singer“ ist richtig?

Zeugin Juliana Sophie Singer: Juliana Sophie Singer.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Juliana Sophie Singer. Wunderbar. - Und dann noch bitte Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohnort, nicht Ihre Anschrift.

Zeugin Juliana Sophie Singer: Bruchköbel,

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nein, nein, nur den Ort möchte ich wissen.

Zeugin Juliana Sophie Singer: Bruchköbel.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja gut. Okay. Das reicht vollkommen aus. - Ihr Alter und Ihren Beruf!

Zeugin Juliana Sophie Singer: Ich bin 45. Ich bin Rechtsanwältin und Steuerberater.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wunderbar. Dann danke ich Ihnen. - Das haben wir.

Ja, nun zur Vernehmung zur Sache, Frau Singer. Sie haben a) die Möglichkeit, ein Statement abzugeben. Sie können auch b) auf meine Fragen antworten. Was ist Ihnen am liebsten?

Zeugin Juliana Sophie Singer: Es tut mir leid, aber ich werde von meinem Aussage- und Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machen. Das heißt, ich möchte mich nicht zur Sache einlassen. Hintergrund hierfür ist, dass ich selbst Beschuldigte bin in einem Ermittlungsverfahren,

bei dem es um Cum/Ex-Geschäfte geht. Und darüber hinaus berate ich auch in diesem Themenkomplex.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut, okay. - Wobei das dann eben zwei unterschiedliche, ich sage das mal, Tatbestände sind. Das eine wäre eben, dass jetzt - -

Zeugin Juliana Sophie Singer: Ja, ich habe doch - - Ja?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das eine wäre ja, denke ich, die Befürchtung, sich selbst nun durch eine Aussage - nemo tenetur ... - belasten zu müssen. Das andere wäre dann eben der § 53, weil Sie über Dinge sprechen, die Ihnen da nun partiell aufgrund Ihrer Tätigkeit als Steuerberaterin/Rechtsanwältin bekannt geworden sind.

Die Frage ist für mich daher die entscheidende: Dieses Verfahren, von dem Sie berichten, wird bei welcher Staatsanwaltschaft geführt?

Zeugin Juliana Sophie Singer: In Köln.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Bei der Staatsanwaltschaft Köln. - Haben Sie auch das Aktenzeichen, das Sie nennen könnten? „113 Js“ schlage ich mal vor.

(Heiterkeit)

Zeugin Juliana Sophie Singer: Ja, 113 Js, und dann 9522 [sic!]. Das ist in meinem Schreiben auch drin, das ich Ihnen schon mal geschickt habe.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay, wunderbar. Dann nehmen Sie Bezug auf Ihr Schreiben. Das ist also - - Das Aktenzeichen ist korrekt, -

Zeugin Juliana Sophie Singer: Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: - und dieses Strafverfahren beinhaltet auch - - oder wird gerade ein Vorwurf oder der Vorwurf erhoben, der auch mit Ihrer Aussage des heutigen Tages



4. Untersuchungsausschuss

im unmittelbaren Zusammenhang steht, wenn ich das so richtig sehe.

Zeugin Juliana Sophie Singer: Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut, dann ist das in Ordnung. - Dann breche ich die Zeugeneinvernahme hiermit ab aufgrund des von Ihnen geschilderten Sachverhaltes, weil ich auch zu Ihren Gunsten zu unterstellen habe, dass Sie auch Teilbereiche der zu stellenden Fragen nicht beantworten könnten, ohne Ihrerseits da nun sich selbst zum Teil zu belasten. Das heißt, ich entlasse Sie hiermit, -

Zeugin Juliana Sophie Singer: Okay.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: - und Ihre Zeugenaussage ist hiermit beendet.

Zeugin Juliana Sophie Singer: Danke schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wir setzen nunmehr fort unsere Beweisaufnahme mit der Zeugeneinvernahme von Herrn Dr. Walter. Ich denke, ich muss die Sitzung nicht unterbrechen. So weit kann er ja auch noch nicht gekommen sein.

(Heiterkeit)



4. Untersuchungsausschuss

**Vernehmung des Zeugen
Dr. Herbert Walter**

Herr Walter, ich begrüße Sie nochmals und bitte jetzt nach den Belehrungen zur Sache noch kurz darum, dass Sie uns bitte Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohnort, nicht Ihre Anschrift, nennen möchten.

Zeuge Dr. Herbert Walter: Ich bin [REDACTED] geboren, also 63 Jahre alt, bin geboren in [REDACTED].

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nein, wo Sie derzeit wohnen.

Zeuge Dr. Herbert Walter: Wir wohnen in Frankfurt am Main.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sie wohnen in Frankfurt am Main, -

Zeuge Dr. Herbert Walter: Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: - sind 63 Jahre alt. Und von Beruf?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Bankkaufmann.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. Reicht. - Und Ihr Name Herbert Walter ist also vollständig, oder?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Ich habe keinen Zweitnamen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann ist das also alles klar. - Herr Walter, Sie haben jetzt die Möglichkeit, entweder ein Statement abzugeben zu dem Beweisthema, das Ihnen ja nun mitgeteilt worden ist, oder gleich direkt auf meine Fragen zu antworten.

Zeuge Dr. Herbert Walter: Stellen Sie die Fragen!

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja gut. Okay. Dann ist das auch vollkommen in Ordnung.

Wenn Sie uns ganz kurz, Herr Walter, Ihre wichtigsten beruflichen Stationen Ihres bisherigen Werdegangs, Ihres Lebens mitteilen könnten!

Zeuge Dr. Herbert Walter: Also, ich habe in München BWL studiert, war dann am Lehrstuhl für Banken und Finanzen in München, habe während der Zeit und den Folgejahren für die FAZ und für das *Handelsblatt* als fester freier Mitarbeiter für die Marktberichterstattung gearbeitet, bin dann 1983 zur Deutschen Bank gegangen, wo ich 20 Jahre war, wo ich vom Vorstandsassistenten quasi über Direktion im Ruhrgebiet, dann Geschäftsleitung Privat- und Geschäftskunden in Frankfurt, Vorstandsvorsitzender der Deutsche Bank 24, Group-Executive-Committee-Mitglied im Team von Herrn Ackermann bis 2003 - - bin 2003 zur Dresdner Bank und zur Allianz, eigentlich zur Allianz primär, gegangen und habe dort den Auftrag gekriegt, eine Lösung für das Thema „Dresdner Bank“ zu finden, und bin dann, nachdem wir die Fusion mit der Commerzbank auf den Weg gebracht hatten, im Januar 2009 aus der Dresdner Bank rausgegangen, hatte mich zu dem Zeitpunkt selbstständig gemacht und war 2015 - da haben wir uns ja auch kennengelernt - ein Jahr bei der FMSA und habe die Abwicklungsfazilitäten dort mit aufgebaut, habe im letzten Jahr für den portugiesischen Staat, für die größte Bank dort, ein längeres Mandat gemacht und - - Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Freiberuflich dann eben.

Zeuge Dr. Herbert Walter: Genau.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sehr schön. Gut. - Dann, Herr Walter: In dieser doch durch viele bankaffine Tätigkeiten gezeichneten Karriere, wann haben Sie da erstmals von dem Geschäftsmodell, mittels Aktienleerverkäufen um den Dividendenstichtag gezielt die mehrfache Anrechnung von Kapitalertragsteuer zu erreichen, gehört? Können Sie das noch irgendwie einordnen und mit einer beruflichen Tätigkeit oder einer Ihrer Stationen verbinden?



4. Untersuchungsausschuss

Zeuge Dr. Herbert Walter: Also, ich kann aus - - Das würde dann ja die zehn Jahre zwischen 2000 und 2009 -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja.

Zeuge Dr. Herbert Walter: - betreffen. Für mich war dieses Thema in - - Man las da immer wieder irgendwas in der Zeitung, aber das war für mich ein sehr niederschwelliges Thema, mit dem ich mich in meinem beruflichen Leben nicht erinnern auch jemals irgendwas zu tun gehabt zu haben.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, gut. - Sie haben vollkommen recht bezüglich des zeitlichen Teils. Ich beziehe mich dann auch auf die Zeit, in der Sie Vorstandsvorsitzender der Dresdner Bank waren, von 2003 bis 2009, und da haben wir nun auch aufgrund unserer bisherigen Zeugeneinvernahmen gehört, dass da also auch Cum/Ex-Geschäfte der Dresdner Bank - damit auch im Rahmen der Fusion, der Überlegungen oder der Untersuchungen der Commerzbank - ausfindig gemacht, identifiziert worden sind. Ist Ihnen in der Zeit 2003 bis 2009 als eigene Aktivität der Dresdner Bank das Thema Cum/Ex nicht über den Weg gelaufen? Hat das keiner dem Vorstand berichtet: „Das machen wir, das machen wir nicht“ oder: „Warum tun wir dieses oder jenes?“?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Ich habe von dem Thema, dass die Dresdner Bank so was macht, erstmals im Rahmen meiner FMSA-Tätigkeit gehört, als wir uns im Dezember 2015 auf das Finanzmarktgremium vorbereitet haben und dort reaktiv ein Zettel gemacht worden ist, um was es dabei geht. Ich kann mich nicht im Ansatz erinnern, jemals während meiner Zeit als Vorstandsvorsitzender oder als Vorstand der Allianz ein relevantes Thema für die Dresdner Bank dort gesehen zu haben.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Einer Ihrer ehemaligen Kollegen, und zwar von 2005 bis 2009, war der Herr Jentzsch,

(Der Zeuge nickt)

der auch, glaube ich, wenn ich richtig informiert bin, für den Unternehmensbereich Global Banking und Investment Banking zuständig war.

(Der Zeuge nickt)

Haben Sie sich mit Herrn Jentzsch einmal über die Frage unterhalten, was denn da nun die Dresdner oder Dresdner - - welche Geschäftsaktivitäten seitens der DKIB beispielsweise da nun entwickelt wurden, und ist da vielleicht das Wort „Cum/Ex“ gefallen?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Ich kann mich daran nicht erinnern.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Wie ist das denn überhaupt bei der Organisation solcher, ich sage das mal, Modelle? Muss dann im Rahmen eines Hauses wie der von Ihnen geleiteten Dresdner Bank - - Machen das die Aktienhändler alleine, oder legen die das der Steuerabteilung vor? Gibt es da irgendwelche - na, ich sage das mal - Filter oder Kontrollmechanismen, um zu verhindern, dass jeder so nach seinem eigenen Gusto seine Geschäftsaktivitäten vollzieht?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Sie haben ja die Verhandlungen, die Sie seit zwölf Monaten führen, auf Ihrer Bundestagswebseite auch veröffentlicht, und dort haben Sie ja Herrn Weimer - - eingenommen. Herr Weimar hat natürlich berichtet, dass da das Thema „Product Approval Process“, also PPP [sic!], eine Rolle spielt; wenn sie im Kundengeschäft neue Aktivitäten machen würden, würde es eine Produktgenehmigung erfordern. Ob das im Eigenhandelsbereich der Bank ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Aber sicherlich, wenn es ein Kundengeschäftsprodukt sein würde, müsste man, je nachdem, wie die Geschäftsordnung dieses Gremiums, also des Product Approval Process, ist - das ist zwischen Banken unterschiedlich -, so einen Prozess durchführen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Also, sind Ihnen denn noch Beschränkungen für Ihren Aktienhandel bei der Dresdner Bank bekannt, also Halteperioden für Aktiengeschäfte um den Dividendenstichtag, Regularien? Haben Sie da einen



4. Untersuchungsausschuss

Kodex gehabt, der dann nun allverbindlich war, um dort also Reputationsrisiken zu minimieren?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Das Reduzieren oder das Minimieren oder Verhindern von Reputationsrisiken ist ja ein allgemeines Geschäftsziel jeder Bank. Also, insofern war es auch ein Geschäftsziel - keine Frage - der Dresdner Bank. Dort hatten wir ja verschiedene Querschnittsfunktionen von Risiko bis Finance bis zur Revision, die darauf geachtet haben - Compliance auch; also mindestens vier Bereiche -, dass dort alles nach Recht und Gesetz geht.

Der zweite Teil der Frage, den Sie eigentlich zuerst gestellt haben, war ja indirekt: Wie steuern Sie den Handel eigentlich als Vorstand?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja.

Zeuge Dr. Herbert Walter: Da ist es so, dass wir die Dresdner Kleinwort - - Die war zwar keine Tochtergesellschaft, wie manchmal fälschlich berichtet wird, aber wir haben die Dresdner Kleinwort wie eine Tochtergesellschaft geführt, und dort sind im Vorstand im Wesentlichen Ergebniszahlen berichtet worden, im Wesentlichen ganz grobe Handelsstrategien nach dem Muster: Budget für Dollarpositionen soundso viel, Budget für kurzfristig/langfristig soundso viel. - Über Detailpositionen wurde im Vorstand der Dresdner Bank nie berichtet, außer wenn irgendwas sozusagen gerade am Anbrennen war, was auch manchmal vorkam.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Ja, dann danke ich Ihnen. Ich habe keine Fragen mehr. Dann möchte ich überleiten an den Kollegen Pitterle von den Linken. Bitte sehr.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Danke schön. - Herr Walter, wir haben auch in der letzten Sitzung erfahren, dass Zeugen gesagt haben: Mit dem Begriff „Cum/Ex“ kann ich erst was anfangen, nachdem es den Untersuchungsausschuss gibt oder nachdem ich ihn später in der Zeitung gelesen habe. - Deswegen möchte ich mal nachfragen, ob Ihnen Geschäfte um den Dividendenstichtag herum bekannt waren, bei denen es zwei Kapitalertragsteuerbescheinigungen gegeben hat.

Zeuge Dr. Herbert Walter: Also, ich habe Cum/Ex, wie ich eingangs gesagt habe, bis zu der Berührung bei der FMSA, wo es im Wesentlichen um die Thematik Commerzbank auch ging, nur aus der Zeitung gehört. Was damit technisch im Einzelnen verbunden war, habe ich in den letzten zehn Tagen, als ich mich so ein bissl auf die Sitzung vorbereitet habe, in den Gutachten, die Sie angefordert hatten, auch versucht nachzulesen und auch halbwegs verstanden. Das ist meine Berührung mit diesem Thema in den letzten 16 Jahren.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Und haben Sie denn jetzt im Nachhinein sich irgendwie erkundigt bei Ihren früheren Mitarbeitern? Weil uns Herr Holle in der vorletzten Sitzung zum Beispiel gesagt hat, dass die Dresdner Bank Cum/Ex-Geschäfte nur über ihre Luxemburger Tochter getätigt habe. Haben Sie so was mal nachgefragt im Nachhinein?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Ich habe darüber selbstverständlich mit niemand gesprochen.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Dr. Herbert Walter: Und vielleicht ein kleiner Einwurf: Ich war von 2003 bis 2006 der Aufsichtsratsvorsitzende der Dresdner Bank Luxembourg. Auch in dieser Zeit sind mir keine Geschäfte dieser Art bekannt geworden.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Da können Sie uns wahrscheinlich auch nicht sagen, ob der Dresdner Bank solche Geschäftsmodelle mit Aktien um den Dividendenstichtag von der WestLB angeboten worden sind?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Keine Kenntnis.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Wissen Sie, ob die Kanzlei Freshfields auch in die Geschäfte der Dresdner Bank irgendwo eingebunden war?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Ich kenne Freshfields im Wesentlichen als Anwaltskanzlei, vermute, dass auch mit der Dresdner Bank ab und zu irgendein Rechtsthema war, so wie es bei der FMSA, glaube ich, auch der Fall war, aber kann



4. Untersuchungsausschuss

mich an keine Detailsituation mit Freshfields generell erinnern.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Wurden Sie, als Sie zur FMSA gingen, seitens des Bundesfinanzministeriums auf diese Geschäfte um den Dividendenstichtag der Dresdner Bank angesprochen?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Nein. Wir haben mit Herrn Holle und mit Herrn Steffen eben kurz drüber gesprochen, ob aus der Zeit der Dresdner Bank irgendwelche Themen wären, die meine Arbeit bei der FMSA in irgendeiner Weise berühren - - berührt werden. Da sind wir bei dem Thema Cum/Ex nicht vorbeigekommen. Ansonsten hatten wir auch das Gefühl, dass da nichts ist, was die FMSA-Aufgabe stören würde.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Für die CDU/CSU-Fraktion Frau Sütterlin-Waack.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Ja, Herr Dr. Walter, ich habe jetzt vernommen, dass Sie persönlich sehr wenig Berührungspunkte mit dem Gegenstand unseres Untersuchungsausschusses hier zunächst haben, habe aber doch noch ein paar Fragen. Und zwar geht es darum, dass ja ein Schreiben des Bankenverbandes im Jahre 2002 kausal war für die Einführung der Besteuerung der Dividendenkompensationsleistungen, und zwar im Jahressteuergesetz 2007. Und da wollte ich Sie erst mal so ganz allgemein fragen, ob Sie sich damals mit der Einführung der Besteuerung von Dividendenkompensationsleistungen auseinandergesetzt haben, ob Ihnen das Thema geläufig war, ob Sie damit zu tun hatten.

Zeuge Dr. Herbert Walter: Im Jahr 2002 war ich noch bei der Deutschen Bank und nicht im Vorstand des Bundesverbandes, was ich dann in der Dresdner Zeit war; und da hatte ich mit dem Thema nichts zu tun.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Gut, aber das Jahressteuergesetz ist aus dem Jahr 2007. Da ist also ein längerer Zeitraum dazwischen,

und insofern können wir auch durchaus auf den Zeitpunkt 2007 abstellen.

Zeuge Dr. Herbert Walter: Ich kann mich nicht erinnern, dass wir in der Zeit beim Bundesverband in der Arbeit des Bundesverbandes über dieses Thema gesprochen hätten.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Okay. - Können Sie uns denn sagen, ob dieses Jahressteuergesetz 2007 und insbesondere die Begründung auf die Entscheidung der Dresdner Bank, diese Cum/Ex-Geschäfte oder wie auch immer sie dann genannt wurden, weil wir auch - das sagte der Kollege Pitterle schon - wissen, dass einige mit dem Begriff nichts anfangen konnten, weiter durchzuführen oder erstmals über eine ausländische Depotbank abzuwickeln - - ob Sie das überhaupt wissen und, wenn ja, ob Sie uns sagen können, welchen Einfluss das Jahressteuergesetz darauf haben könnte oder gehabt haben könnte.

Zeuge Dr. Herbert Walter: Ich habe bis vor ein paar Tagen mit diesem Jahressteuergesetz, wenn es so heißt, keine Berührung gehabt. Es sagt mir jetzt auch mehr oder weniger nach dem Lesen von ein paar Artikeln nicht wahnsinnig viel.

Sie hatten gerade gesagt: die Entscheidung der Dresdner Bank, irgendwelche Geschäfte zu machen. - Also, in der Führung der Dresdner Bank wurden solche Entscheidungen nicht getroffen, und insofern können das allenfalls Teilthemen, Einzelthemen bei der Dresdner Bank gewesen sein. Das wollte ich nur anmerken, aber wahrscheinlich haben Sie das nicht so gemeint.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Nein, nein. - Da schließt sich auch fast die nächste Frage an. Dann können Sie uns wahrscheinlich auch nicht sagen, welche Abteilung oder welche Personen darüber entschieden haben, ob diese Geschäfte rechtmäßig waren oder nicht. Das entnehme ich so Ihren Worten. Ist das richtig?

Zeuge Dr. Herbert Walter: So ist das. Also, ich wundere mich, um ehrlich zu sein, schon, dass es solche Geschäfte gab, weil wir hatten eine Governance-Aufstellung, die so war, dass wir



4. Untersuchungsausschuss

sozusagen wie Orgelpfeifen die drei, vier Geschäftsbereiche hatten. Und dann hatten wir fünf, sechs Querfunktionen von Risiko über Compliance, Revision, die Finanzfunktion - ja -, die darüber gewacht haben, dass sozusagen alles mit Recht und Gesetz zu tun hat. Ich habe nun keine Vorstellung, in welchen Größenordnungen das bei der Dresdner Bank war, aber dass dieses Thema an den Querfunktionen komplett vorbeigegangen sein soll, ist mir ehrlicherweise ein Rätsel.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Da schließt sich auch schon wieder die nächste Frage an; Sie greifen also immer schon fast ein bisschen vor. Also, ich entnehme Ihren Worten, dass Sie über diese Cum/Ex-Geschäfte - so wollen wir sie jetzt auch nennen - nicht unterrichtet worden sind, und dann schließt sich eben da die Frage: Hätten Sie das wissen müssen? Weil Sie eben so von den Säulen sprachen: Hätte da der Informationsfluss anders sein müssen?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Also, es kommt - - Wir haben ja, sagen wir mal so, eine - das hat mit der Dresdner-Bank-Vergangenheit zu tun - besondere Affinität im Vorstand immer gehabt, unter keinsten Umständen steuerhinterziehungsrelevante Tatbestände in irgendeiner Weise zu riskieren, und insofern hätte ich ehrlicherweise schon erwartet, wenn solche Geschäfte gemacht worden wären, dass das im Vorstand berichtet worden wäre.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Gut. Vielen Dank. Erst mal habe ich keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. - Dann darf ich überleiten zu Gerhard Schick, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Herr Walter, wissen Sie, wie hoch, also wie groß der Umfang der Cum/Ex-Geschäfte der Dresdner Bank gewesen ist?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Ich habe den Bericht - - Ich glaube, es gibt einen PwC-Bericht, oder zumindest habe ich davon gelesen. Ich

kenne den Bericht nicht und kenne auch keine Einzelheiten.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Uns ist von Herrn Kortzen, dem Steuerabteilungsleiter der Commerzbank, gesagt worden, es handele sich hier um einen niedrigen dreistelligen Millionenbetrag, und - das ist ein paar Sätze vorher -, dass die Prüfung die Jahre 2004 bis 2008 umfasst. So. Wenn man sich das jetzt mal von den Größenordnungen klarmacht - Sie wissen inzwischen auch, wie die Geschäfte funktionieren -, dann sind da ja Aktientransaktionen im Milliardenvolumen notwendig, um so etwas zu generieren. Uns hat Herr Vetter, der frühere Vorstandsvorsitzender der LBBW, gesagt: Transaktionen in diesem Volumen, das kriegt man mit als Vorstand. - Ich sage das jetzt in meinen Worten; vielleicht hat jemand das Zitat gerade da. Wie kann es sein, dass Transaktionen in dieser Größenordnung nicht wahrgenommen werden?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Weil im Handelsgeschäft - jedenfalls ist das bei der Dresdner Bank so gewesen - im Vorstand im Wesentlichen die Limits berichtet worden sind, und zwar in regelmäßigen Abständen - aber diese Abstände waren nicht sehr kurz -, und ansonsten über die Ergebnisse. Also, man hatte ja eine tägliche GuV, so dass man täglich wusste: Was ist im Handel rausgekommen? - Und dann wurden im Wesentlichen in jeder Vorstandssitzung von den Risiko-, Finanz-, Compliance- und Revisionsfunktionen außerordentliche Dinge berichtet. Und wenn da nichts berichtet worden ist, dann ist man davon ausgegangen, dass es auch nichts zu berichten gibt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In welcher Abteilung - - Also, können Sie uns was zur Struktur sagen, wo diese Geschäfte - - Sie kennen ja die damalige Struktur, wissen jetzt heute, wie diese Geschäfte gelaufen sind. Dann können Sie wahrscheinlich sagen, in welcher Abteilung oder in welchem Teil der Struktur sozusagen der Dresdner Bank - jetzt unterhalb des Stichworts „Dresdner Kleinwort“ - es stattgefunden hat. Wir hatten mit Markus Bolder einen Vertreter der WestLB hier, der gesagt hat:



4. Untersuchungsausschuss

Wir hatten da eine Abteilung, die hat Dividendenstripping-Sachen gemacht, und da kam es dann zu Cum/Cum und Cum/Ex nach heutiger Terminologie. - Und mich würde eben entsprechend interessieren, ob Sie uns helfen können, zu verstehen, wo in der Dresdner Bank solche Geschäfte verortet gewesen wären.

Zeuge Dr. Herbert Walter: Also, ich fürchte, ich kann Ihnen da nicht helfen, weil ich nicht weiß, in welche Strukturen das eingepackt sein soll. Wenn das eine reine Aktiengeschichte gewesen wäre, dann könnte es im Aktienhandelsbereich gewesen sein. Wenn das aber in Fondsstrukturen eingepackt worden ist, was ja in diesen Gutachten, die Sie angefordert hatten, zum Teil drinsteht, dann wären das andere Bereiche.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu den Regularien sagte Herr Kortzen - ich zitiere -:

... wir haben im Rahmen der Betriebsprüfung und der Aufarbeitung seinerzeit der Dresdner-Bank-Fälle keine Regularien gefunden, wie wir sie in der Commerzbank haben, also keine Handelsbeschränkungen.

Das hatte ich so verstanden: Sie hatten schon irgendwie Kriterien.

Zeuge Dr. Herbert Walter: Limite.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ich will das jetzt noch mal ein bisschen präziser nachfragen. Offenbar gab es bei der WestLB Limits in Bezug auf die Transaktionsvolumina in so einem Geschäftsbereich, und es gab auch Limits bei den Kapitalertragsteuer-Erstattungsvolumina. Ist es mal im Vorstand diskutiert worden, welchen Umfang die Kapitalertragsteuer-Erstattungsansprüche der Dresdner Bank hatten?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Mit Sicherheit nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Dr. Herbert Walter: Weil das ist in dem Karo, wie wir sozusagen die Governance dort geführt haben, etwas, was mit den Oberlimits nichts zu tun hat, außer es wäre jemand gekommen und hätte berichtet. Aber da wir dieses ja nicht als Ge- - vom Vorstand verabschiedetes Geschäft - - Also, eine Geschäftsart war das mit absoluter Sicherheit nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorher gesagt, dass Sie über Presseberichte von Cum/Ex zum ersten Mal erfahren haben. Können Sie noch mal genauer darlegen, wann? Es gab ja sehr früh schon mal einzelne Presseberichte und dann manche noch mal ein bisschen später. Können Sie uns das sortieren?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Also, in meiner Erinnerung ist ein Auftreffpunkt von Presseberichten gewesen um das Jahr 2012 rum, wo es auch immer wieder Gerüchte gab, dass auch die Dresdner Bank dort eine Rolle gespielt haben könnte, und dann in der Zeit, in der ich bei der FMSA war, im Herbst 2015, als wir uns darauf vorbereitet haben, dass dieses Thema auch mal hier eine Frage vom Finanzmarktgremium auslösen würde.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als es erste Gerüchte gab, dass die Dresdner Bank auch involviert sein könnte, haben Sie sich da irgendwie - - haben Sie da nachgefragt, Fragen gestellt, wie das sein konnte, mit jemandem gesprochen darüber?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Nein, ich habe über Cum/Ex-Geschäfte nie mit einem Kollegen gesprochen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Ich weite mal die Fragestellung aus, weil wir festgestellt haben, dass Cum/Ex häufig in einer großen Nähe zu Cum/Cum ist. Es gibt verschiedene Nähebezüge an der Stelle, zum Beispiel war das im Fall der WestLB einfach in derselben Abteilung, und das alles unter einer Oberbegrifflichkeit, die man vielleicht als Dividendenstripping bezeichnen könnte. Wann ist



4. Untersuchungsausschuss

Ihnen das, was wir heute als „Cum/Cum“ bezeichnen würden, zum ersten Mal über den Weg gelaufen in Ihrer beruflichen Tätigkeit?

Zeuge Dr. Herbert Walter: In den letzten 14 Tagen bei der Vorbereitung auf die Sitzung heute.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und auch das Thema Dividendenstripping?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Das Thema Dividendenstripping ist ja quasi ein Oberbegriff, wo nicht genau - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Herbert Walter: Das ist eigentlich der volkstümliche Begriff. Ich glaube, es werden wahrscheinlich mehr Leute Dividendenstripping einordnen können, als sie Cum/Ex einordnen können.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Herbert Walter: Insofern würde ich einfach mal sagen: Cum/Ex und Dividendenstripping - war mir lange Zeit nicht klar, dass es da diese Unterschiede gab. Und dass eben Dividendenstripping ab 2001 oder 2002 gar nicht mehr machbar war, habe ich aktuell gelernt. Aber für mich wäre das eine Themenwolke gewesen, wo eben Dividendenstripping und Cum/Ex in einem Basket liegen würden.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gab im April 2007 eine Sonderprüfung der BaFin bei der WestLB, die auch in Medien an verschiedenen Stellen berichtet worden ist. Und ein Thema der Untersuchung - auch das den Medienberichten damals zu entnehmen - war Dividendenstripping. Erinnern Sie sich an diesen Vorfall?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Nein.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. - Und Sie erinnern sich auch nicht,

dass Sie dann darauf aufbauend vielleicht mal nachgefragt hätten: „Machen wir so was eigentlich auch?“?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Nein, ich erinnere mich nicht, weil das war ja die Zeit, wo bei der WestLB eine ganze Menge von Transaktionen im Handelsgeschäft schiefgelaufen waren. Insofern, ich kann mich nur erinnern, weil der Kollege Fischer, der ja vorher auch bei der Deutschen Bank war - - Wir hatten uns ab und zu getroffen, und der da hatte über seine - - wie das gelaufen ist da bei der WestLB. Aber das Thema Dividendenstripping spielte da mit Sicherheit keine Rolle.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Im Moment keine weitere Frage.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann danke ich und darf überleiten an Andreas Schwarz, SPD-Fraktion.

Andreas Schwarz (SPD): Recht herzlichen Dank. - Wir wissen aus verschiedenen Zeugenbefragungen, auch aufgrund der Aktenlage, dass in der Bankenszene die Thematik auch aus haftungsrechtlichen Gründen und auch aus Reputationsgründen zumindest um das Jahr 2000/2001/2002 - dann kam ja auch der Brief an das BMF - intern schon diskutiert wurde und man da schon Risiken für die Bankenhaftung und -reputation sah. Bei solchen Gesprächen, die man mit Kollegen ja hat, war das für Sie nie Thema, und sind Sie nie mit dieser Problematik, die ja in den Verbänden scheinbar schon aufgeplopt ist, in Kontakt gekommen?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Also, den Zeitraum, den Sie erwähnen - - da war ich bei der Deutschen Bank tief damit beschäftigt, die nicht stattgefundenen Fusion mit der Dresdner Bank in 2000 zu verkraften und zu überlegen, wie wir unseren Geschäftsbereich „Privat- und Geschäftskunden“ wieder halbwegs nach vorne mit einer Mission versehen können. Also, insofern war ich in der Gesamtsteuerung der Deutschen Bank da nicht eingebunden und auch als unternehmensbereichsverantwortlicher Bereichsvorstand von den BdB-Themen wirklich weit weg.



4. Untersuchungsausschuss

Andreas Schwarz (SPD): Also, es ist dann nicht so, dass - also man ist da so eingebunden, dass man halt über andere Dinge auch informell - - da einer mal kommt: „Mensch, da gibt es scheinbar Stress“ oder: „Da kommen Haftungs- oder Reputationsproblematiken. Wie schätzen Sie oder du das ein?“? Solche Gespräche haben nie am Rand von irgendwelchen Konferenzen oder Tagungen stattgefunden?

Zeuge Dr. Herbert Walter: In dem von Ihnen erwähnten Zeitraum zwischen 2000 und 2003 - -

Andreas Schwarz (SPD): Nein, auch danach.

Zeuge Dr. Herbert Walter: Nein.

Andreas Schwarz (SPD): Oder dass - da waren ja auch viele Berater unterwegs, die ja dieses Geschäftsmodell implementieren wollten am Markt - man da mal auf Sie offensiv zugegangen ist und mal versucht hat, Ihnen das zu erklären?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Nein. Aber wer mich kennt, der weiß, dass ich mit Dingen, die gesetzlich am Rande sind oder schon darüber hinweg sind, sowieso nichts zu tun haben will, weil ich relativ risikoscheu bin. Also, insofern gehe ich einfach davon aus, dass auch zu so einem Thema mich keiner so richtig darauf anzusprechen getraut hat.

Andreas Schwarz (SPD): Den Herrn Hanno Berger, kennen Sie den auch persönlich?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Überhaupt nicht. Ich habe mal einen Film im Fernsehen gesehen vor einem Jahr oder so. Da habe ich gesehen, dass es den gibt.

Andreas Schwarz (SPD): Okay. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. Dann danke ich und darf Herrn Pitterle das Wort erteilen.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Ich habe keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: CDU/CSU?

Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU): Danke, nein.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Bündnis 90/Die Grünen?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich will noch mal zurückkommen auf die Gespräche im Vorfeld Ihrer Ernennung zum Finanzmarktfonds. Sie haben gesagt, vonseiten des Finanzministeriums seien Sie nicht auf Cum/Ex-Geschäfte angesprochen worden. Haben Sie selber das erwähnt? Denn Sie sagten gerade, dass Sie schon 2012 Hinweise auf Verwicklungen der Dresdner Bank in solche Geschäfte als Gerücht wahrgenommen hatten. Also auch von Ihrer Seite nicht angesprochen worden?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Überhaupt nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Ihrer Verabschiedung, Ihrem vorzeitigen Ausscheiden aus dieser Funktion, hat da das Thema eine Rolle gespielt?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Überhaupt keine Rolle. Sie wissen, was dort eine Rolle gespielt hat: dass ich eben gesagt habe, dass - was sie jetzt ja auch gemacht haben - Herr Pötzsch die Aufgabe wahrnimmt und dass es eine klarere Verantwortung im Leitungsausschuss gibt. Das war sozusagen mein Ziel, und das ist auch so eingetreten. Sonstige Gründe gab es dafür nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Hat die Finanzaufsicht irgendwann mal in Ihrer Zeit als Vorstandsvorsitzender der Dresdner Bank Fragen zu solchen steuerlichen Geschäften gestellt, die sozusagen jetzt Thema dieses Ausschusses sind - damals natürlich nicht unter der Terminologie? Also zum Beispiel nach der Sonderprüfung bei der WestLB, gab es da mal eine Frage der BaFin an Sie: „Gibt es da bei Ihnen auch Themen?“, oder zu einem anderen Zeitpunkt?



4. Untersuchungsausschuss

Zeuge Dr. Herbert Walter: Also, die Gespräche mit der BaFin, die regelmäßigen Jour fixes, wurden im Wesentlichen vom CFO, Herrn Rosenfeld, und vom Chief Risk Officer, Herrn Steinmetz, wahrgenommen. Ich habe nicht wahrgenommen, dass eine solche Thematik irgendwann adressiert worden ist.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben Sie jetzt eingeladen als Vorstandsvorsitzenden und auch weil Sie nachher noch mal eine andere Funktion hatten. Wenn Sie jetzt wissen, was Cum/Ex und Cum/Cum sind: Wen müssten wir da fragen von Ihren früheren Vorstandskollegen? Wer wäre also sozusagen in Ihrer Vorstandszeit der - - oder die zuständigen Personen gewesen, die uns jetzt mehr sagen könnten?

Zeuge Dr. Herbert Walter: Ja gut, man müsste mit den Kontrollfunktionen reden - das sind im Grunde genommen Risiko, Finanzen, Revision und Compliance -, und man müsste natürlich mit den jeweiligen Geschäftsbereichsmenschen reden. Da könnte es ja, wenn ich es richtig interpretiere aus den Ausführungen, die Herr Weimer hier gemacht hat, ein Businesssthema sein, wenn es sozusagen im Kundengeschäft solche Produkte gäbe. Und es könnte ein Handelsthema sein. Aber so wie ich Sie jetzt verstanden hatte, ist aus dem PwC-Bericht eher das Thema Eigenhandel ein Thema gewesen bei der Dresdner als die Thematik Kundengeschäft. So hätte ich es verstanden. Ich kann das aber ansonsten nicht beurteilen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann schaue ich mal in die Runde. - Ich sehe, wir haben keine weiteren Fragen mehr an Sie, Herr Walter. Das heißt, Ihre Vernehmung ist hiermit beendet. Ich danke Ihnen.

Ihre endgültige Entlassung als Zeuge bedarf noch eines Beschlusses dieses Ausschusses. Der wird erst in einigen Wochen ergehen, nämlich wenn wir alle Zeugen einvernommen haben und dann in einer Gesamtschau untersuchen können: Wo müssen wir noch einmal nachjustieren, oder

müssen wir überhaupt einmal nachjustieren? - Das bedeutet also: Sie sind für heute entlassen und können gerne gehen und bekommen dann also einen Beschluss des Ausschusses zu einem späteren Zeitpunkt zugestellt. Vorher bekommen Sie selbstverständlich das Protokoll, wie ich eingangs gesagt habe, mit der Bitte dann, es zu korrigieren, zu ergänzen etc. Ansonsten herzlichen Dank für Ihr Erscheinen.

Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, unterbreche ich gleichzeitig die Beweisaufnahme am heutigen Nachmittag wegen zweier namentlicher Abstimmungen, die uns jetzt also noch bevorstehen, bis auf den Zeitpunkt zehn Minuten nach der letzten namentlichen Abstimmung. Das dürfte so gegen 15.20 Uhr/15.30 Uhr sein. Ich bitte um Ihr Verständnis. Von daher ist es ja schön, dass wir die erste Zeugeneinvernahme insofern komplett haben erfüllen und erledigen können.

Auf Wiederschauen, auch an Sie, Herr Lange!

Zeuge Dr. Herbert Walter: Danke schön.

(Unterbrechung von 13.55
bis 15.21 Uhr)



4. Untersuchungsausschuss

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle fest: „Die entsprechenden Fraktionen sind wiederum vertreten“, und darf daher die soeben unterbrochene **Beweisaufnahme** fortsetzen durch die Zeugeneinvernahme von Herrn Rainer Wiegard.

**Vernehmung des Zeugen
Rainer Wiegard**

Herr Wiegard, noch mal herzlich willkommen! Ich bräuchte noch von Ihnen Ihr Alter in vollen Jahren, Ihren Wohnort - nicht die Anschrift bitte - und Ihren Beruf. Wenn Sie mir das zur Ergänzung Ihrer Personalien noch mitteilen würden!

Zeuge Rainer Wiegard: Ja. Ich bin 67 Jahre alt - musste ich eben rechnen, weil wir einen Jahreswechsel hatten - und wohne in Bargteheide.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Und von Beruf Pensionär, Ruheständler?

Zeuge Rainer Wiegard: Ich bin Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Mitglied. Wunderbar. Sehen Sie, das wäre sonst ein Fehler von mir gewesen. Ich danke Ihnen.

Herr Wiegard, ich hatte Sie eingangs ja schon belehrt, dass Sie die Möglichkeit haben, entweder ein Statement abzugeben oder aber gleich auf Fragen antworten zu wollen. Wir möchten Sie es halten?

Zeuge Rainer Wiegard: Ich glaube, es ist hilfreich, wenn ich eine kurze Zusammenfassung aus meiner Sicht -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, bitte sehr. Sehr gerne.

Zeuge Rainer Wiegard: - gebe, weil das einleitend - Ich bitte erst mal um Entschuldigung, dass ich ein bisschen gehindert bin durch eine schwere Erkältung, und nehmen Sie es nicht als despektierlich an, wenn ich hier so ein Lutschbonbon im Mund habe.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nein.

Zeuge Rainer Wiegard: Aber das lindert meinen Hustenreiz.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nur vielleicht dann auch die Bitte, das Mikrofon, sofern das überhaupt möglich ist, noch ein bisschen näher - genau! - zu sich heranzuziehen.

Zeuge Rainer Wiegard: Ich versuche es.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen sehr.

Zeuge Rainer Wiegard: Okay. - Ich habe persönlich zu dem Sachverhalt keine Erinnerung daran, dass ich in meiner Amtszeit mit dem Problem, also der Erstattung von nicht gezahlten Kapitalertragsteuern, befasst gewesen bin. Ich habe sehr lange und intensiv in mich hineingehorcht und stütze das auch darauf, dass ich einigermaßen entsetzt war, als ich - ich glaube, das war Anfang 2013 - Medienberichten entnehmen musste, dass die HSH Nordbank offenbar solche Geschäfte gemacht hat, was sich dann ja auch als Tatsache herausgestellt hat, und in diesem Zusammenhang ich zum ersten Mal überhaupt von dieser Art der Problematik Kenntnis genommen habe.

Nun wäre mir das ein bisschen wenig gewesen, hier vor Ihnen dies auszusagen. Ich habe deshalb noch zwei Dinge getan, nämlich das Finanzministerium gebeten, mir mitzuteilen, ob es Vorgänge im Finanzministerium in Kiel gibt zu diesem Sachverhalt, und das Ministerium hat mir daraufhin die Mitteilung gemacht - es geht insgesamt um zwei Mitteilungen -, dass es Vorgänge - - Aber den Begriff „Cum/Ex“ - das muss ich vielleicht noch darstellen - hat es damals noch nicht gegeben, sondern es ging also um die Erstattung von Kapitalertragsteuer.

Das Referat teilt mir mit, dass es zwei Akten gibt, die sich mit solchen Geschäften befassen, nämlich einmal zum Gesetzgebungsverfahren zum Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2009/65/EG - das war dieses sehr umfassende Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung dieser EU-Richtlinie, in der auch zu diesem Punkt „Kapitalertragsteuer“



4. Untersuchungsausschuss

ein Teilbereich war - und zu Zweifelsfragen im Zusammenhang mit diesem Gesetz.

Zu dem ersten Punkt sind für den Leitungsbereich, also für mich damals, Stellungnahmen sowohl zur ersten als auch zur zweiten Beratung im Bundesrat und natürlich im Finanzausschuss ... (akustisch unverständlich) ausgefertigt worden. Zu dem zweiten Punkt, also Zweifelsfragen im Zusammenhang mit diesem Gesetz, ist für den Leitungsbereich keine Kenntnisaufnahme gefertigt worden.

Und es gibt eine zweite Akte. Die umfasst die Vorgänge im Zusammenhang mit der verwaltungsseitigen Abstimmung der BMF-Schreiben, die angeführt wurden, auch in Ihrem Bericht, glaube ich, von 2009, 2010 und 2011 zu diesem Sachverhalt. Diese Akte enthält aber auch keine Unterlagen, die für den Leitungsbereich gefertigt worden sind.

Interessant ist hier - ich habe dazu gestern ein Gespräch auch mit meinem damaligen Referenten in dem zuständigen Steuerreferat geführt, um den Versuch zu machen, mich da in Erinnerung zu bringen -, dass auch er ausführt, dass diese Problematik, wie sie sich heute darstellt, in unserem Finanzministerium weder fachlich noch politisch zu der Zeit eine Rolle gespielt hat.

In dieser Stellungnahme zu diesem Gesetzgebungsverfahren, Umsetzung der Richtlinie, gibt es einen vierten Absatz; den will ich kurz zitieren. - Ich bin auch gerne bereit, Ihnen die Unterlagen hier zur Verfügung zu stellen. Das, glaube ich, erleichtert auch den Sachverhalt. - Den vierten Absatz will ich Ihnen kurz - - um zu erläutern, dass dieses Problem für uns nicht akut erkennbar war. Hier heißt es:

Der Kapitalertragsteuerabzug für Dividenden aus inländischen sammelverwahrten Aktien und Investmentanteilen wird künftig statt von der Aktien- oder Investmentgesellschaft von der depotführenden Stelle vorgenommen. Hintergrund sind befürchtete Steueraus-

fälle im Zusammenhang mit Leerverkäufen von Aktien über den Dividendenstichtag.

Das war also ein Auszug, der sich jetzt ausschließlich auf diese Frage Kapitalertragsteuererstattung bezog und wo ich nur sagen kann - und damals wohl dann auch so entschieden habe -: Wenn das der Hintergrund ist - durch die Änderung der Stelle, die den Steuerbescheid ausstellt, befürchtete Steuerausfälle zu vermeiden, und wenn es überhaupt niemanden gibt, der dagegen ist -, dann gibt es nur eines: möglichst schnell einen grünen Haken an diese Geschichte zu machen. Und so ist es auch geschehen.

Zweiter Punkt. Ich habe das Ministerium gefragt, ob es in Schleswig-Holstein entsprechende Erstattungsfälle gegeben hat. Daraufhin ist mir mitgeteilt worden - ich zitiere -:

Im Dezember 2013 wies das BMF das FM Schleswig-Holstein darauf hin, dass eine in Schleswig-Holstein ansässige Gesellschaft im Jahr 2008 als Käuferin in Cum-/Ex-Fällen aufgetreten sein könnte. Das seinerzeit zuständige Finanzamt teilte dem FM mit, dass eine Anrechnung bzw. Erstattung von Kapitalertragsteuer erfolgt sei. Weitere Ermittlungen konnten nicht vorgenommen werden, da die Akten zuständigkeitshalber an ein Finanzamt in Nordrhein-Westfalen abgegeben wurden.

Das sind die ergänzenden Hinweise, die ich gerne im Vorwege zusammenhängend machen wollte.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann danke ich Ihnen sehr, Herr Wiegard. - Jetzt habe ich - - nur noch einmal zusammenzufassen: Im Rahmen Ihrer Tätigkeit als Finanzminister und dann eben natürlich auch parallel dazu in den verschiedenen Gremien der HSH Nordbank, sei es im Risikoausschuss oder im Aufsichtsrat, sind Ihnen also Arbitragegeschäfte, Dividendenstrip-



4. Untersuchungsausschuss

ping-Geschäfte oder Ähnliches mit dem Ziel einer Generierung von Kapitalertragsteuergutschriften nicht bekannt geworden.

Zeuge Rainer Wiegard: Nein.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. Okay.

Zeuge Rainer Wiegard: Und ich muss Ihnen sagen: Wenn mir das bekannt gewesen wäre, dann hätte ich Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, dies zu ändern. Ich war ziemlich entsetzt, als ich 2013 davon erfuhr, dass meine HSH Nordbank auch hier noch verwickelt gewesen ist.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann danke ich Ihnen, Herr Wiegard. Ich habe keine Fragen mehr. - Herr Pitterle, bitte.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Wiegard, der Hamburger Senat hat am 11. März 2016 eine Kleine Anfrage der Linksfraktion in der Hamburger Bürgerschaft beantwortet. Darin heißt es - ich zitiere -:

Die HSH hat mitgeteilt, dass die Bank im Zuge der Aufklärung der Cum-Ex-Geschäfte auch überprüft habe, ob persönliche Verantwortlichkeiten Einzelner bestehen, und Schritte zur Sicherung von Ansprüchen der Bank gegen die Verantwortlichen eingeleitet.

Wissen Sie, ob inzwischen gegen einzelne Verantwortliche Ansprüche geltend gemacht worden sind? Sind Ihnen gegenüber auch Ansprüche geltend gemacht worden?

Zeuge Rainer Wiegard: Nein, mir gegenüber können auch keine Ansprüche geltend werden, weil in keinem Gremium, so wie der Vorsitzende es eben ausgeführt hat, in meiner Amtszeit als Aufsichtsratsvorsitzender oder Aufsichtsratsmitglied dieser Sachverhalt jemals angesprochen wurde. Ich kann Ihnen nur sagen: Auch meine Kollegen aus Hamburg wären sofort auf die Barrikaden gegangen.

Mir ist bekannt, dass die HSH Nordbank Klagen gegen ehemalige Vorstandsmitglieder angeführt

hat, aber nur aus Medienberichten, und zu welchem Sachverhalten, kann ich Ihnen leider nicht sagen.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Dann möchte ich mal weiter fragen. Wie haben Sie sich auf die Aufsichtsratssitzungen vorbereiten lassen? Hatten Sie einen speziellen Mitarbeiterstab hierfür?

Zeuge Rainer Wiegard: Ja, wir haben eine Abteilung Beteiligungsverwaltung im Ministerium gehabt zu der Zeit, und die haben sämtliche Vorlagen entsprechend vorbereitet.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Gab es dann auch im Vorfeld der Aufsichtsratssitzungen etwas in der Art von Referenten-, Mitarbeiterunden, bei denen bestimmte Tagesordnungspunkte durchgearbeitet wurden?

Zeuge Rainer Wiegard: Wenn die Mitarbeiter das für erforderlich hielten oder ich das für erforderlich hielt, dann war das so, ja.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Gab es so etwas wie interne Zwischenberichte zum Controlling oder zum Risikomanagement?

Zeuge Rainer Wiegard: Zwischenberichte? Wo jetzt mein - -

Richard Pitterle (DIE LINKE): Ja, zwischen den Abschlüssen, dass man irgendwie mal darüber gesprochen hat. Gibt es da irgendwelche Risikofälle, die sich aus der Tätigkeit der HSH Nordbank ergeben könnten?

Zeuge Rainer Wiegard: Also, wir haben ja im Risikoausschuss nach bestimmten Regeln die Geschäftsvorgänge behandelt - die Regeln sind mir jetzt nicht mehr so geläufig, wie wir sie damals gehabt haben -, und danach ist vorgegangen worden im Risikoausschuss, und danach ist im Aufsichtsrat berichtet worden.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Sie haben ja gesagt, also weder jetzt unter dem Begriff „Cum/Ex“ noch unter dem Begriff „Arbitragegeschäfte“ oder „Dividendenstripping-Geschäfte mit Kapital-



4. Untersuchungsausschuss

ertragsteueranträgen“ sei Ihnen irgendwas bekannt geworden. Haben Sie sich mal im Nachhinein informiert, in welchem Volumen die HSH Nordbank bis zum Jahr 2009 solche Geschäfte getätigt hat?

Zeuge Rainer Wiegard: Nein, da steht mir leider ja die Möglichkeit nicht zur Verfügung. Insofern erübrigt sich das. Aber den Medien war zu entnehmen, dass ja im Zusammenwirken mit den Finanzbehörden in einem dreistelligen Millionenbetrag Erstattungen vorgenommen wurden.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Welche Rolle spielten in Ihrer Zeit externe Gutachten, zum Beispiel die Kanzlei Freshfields, bei den Bankgeschäften der HSH Nordbank?

Zeuge Rainer Wiegard: Die Gutachten von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften spielten immer eine bedeutende Rolle logischerweise. Welche das waren, vermag ich Ihnen im Augenblick nicht zu sagen. Ich bin auch nicht ganz sicher, ob ich das so sagen kann, wenn ich es wüsste. Also, ich glaube, dass wir in meiner Amtszeit und im Zusammenhang mit verschiedenen Aktivitäten der Bank, insbesondere auch der Aufnahme eines privaten Kapitaleigners, so ziemlich alle bedeutenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaften im Hause hatten.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Rainer Wiegard: Manchmal mehrere parallel.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Dann hätte ich nur noch eine letzte Frage, also zumindest in dieser Runde. Könnten Sie mir sagen, in welche Zuständigkeit - - also welche Abteilungen diese Cum/Ex-Geschäfte am ehesten betrieben haben könnten?

Zeuge Rainer Wiegard: Sie meinen jetzt, in der Bank?

Richard Pitterle (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Rainer Wiegard: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Weiß ich nicht. Da ich sie für eine annähernd kriminelle Aktion halte, wüsste ich auch nicht, wie man das irgendwie offiziell in der Geschäftsverteilung darstellen sollte.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Ich habe jetzt vorerst keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. Dann danke ich und darf überleiten an die CDU/CSU-Fraktion.

Christian Hirte (CDU/CSU): Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Keine Fragen. - Dann an Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wiegard, bei der Gesetzgebung zum Jahressteuergesetz 2007 waren ja die Länder, wie bei jedem Steuergesetz, beteiligt. Das heißt, auch Ihr Haus hat damals im Rahmen der Bund-Länder-Abstimmung im Vorfeld des Gesetzes die Information gehabt, dass es solche Geschäfte bei Banken gibt und dass man was dagegen tun soll.

Jetzt stellt sich mir die Frage: Da ist eine Seite Ihres Hauses, die diskutiert das steuerlich, und da ist eine andere Seite Ihres Hauses, die bereitet Sie auf Aufsichtsratssitzungen vor oder - im Rahmen des Beteiligungsmanagements - schaut die HSH an. Muss ich mir so vorstellen, dass diese beiden Bereiche sich nicht austauschen und, wenn man sagt: „Im Steuerbereich, da läuft was Komisches bei Banken“, dass die Mitarbeiter dieses Bereiches auf jeden Fall dem anderen Bereich nichts dazu sagen, oder wie war das organisiert zu Ihrer Zeit? Eigentlich hätten doch die mal sagen müssen im Beteiligungsmanagement: Fragt mal, ob die HSH auch so was macht; denn wenn die so was machen, dann haben wir ein Problem.

Zeuge Rainer Wiegard: Also, es waren natürlich zwei getrennte Abteilungen, aber dennoch reden die natürlich miteinander. Ich glaube, hier tritt allerdings eher das in Erscheinung, was ich eingangs in meiner allgemeinen Darstellung gesagt habe. In unserem Haus war fachlich diese Proble-



4. Untersuchungsausschuss

matik der rechtswidrigen Erstattung von nicht gezahlten Steuern kein Thema. Das war einfach nicht auf der Agenda. Das ist mir gestern noch mal auch so bestätigt worden. Deshalb war es auch politisch kein Thema, und deshalb konnte es auch, weil es kein Thema war, nicht untereinander ausgetauscht werden. Dinge, die nicht der Geheimhaltung unterlagen - - wie firmeninterne Angelegenheiten, die natürlich nicht transportiert werden konnten innerhalb des Finanzministeriums, waren natürlich davon ausgeschlossen. Aber ansonsten haben wir eine sehr intensive Kommunikation gepflegt. Aber dieses Thema hätte bewusst sein müssen; dann hätte man es auch bewusst gemacht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich nicht. Haben denn Ihre Mitarbeiter an entsprechenden Referats- und Abteilungsleitertreffen zwischen Bund und Ländern, wo solche Sachen diskutiert worden sind - - Wir hatten hier konkret ein Treffen 2005, wo die Frage, die danach im Jahressteuergesetz 2007 geregelt wurde, diskutiert worden ist. Waren die Mitarbeiter Ihres Hauses da nicht anwesend? Überlässt man das alles Hessen und NRW, sodass wir eigentlich den Bundesrat uns da sozusagen ein bisschen kleiner vorstellen müssen, oder waren Ihre Leute bei solchen Sachen immer dabei?

Zeuge Rainer Wiegard: Das kann ich Ihnen nicht sagen, ob die bei diesem Treffen dabei waren. Dann müssten wir mal genau die Sitzung dokumentieren und herausfinden, ob meine Mitarbeiter dabei waren. Im Übrigen gibt es ja auch sonst von solchen Sitzungen Protokolle. - Also, ich kann nur noch einmal sagen: Die Problematik war nicht auf unserer Agenda, möglicherweise weil es Fälle hier nicht gegeben hat. Keine Ahnung. Mehr kann ich Ihnen dazu aber nicht sagen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, also, ich bin deswegen - - muss ich da noch mal rückfragen, weil das gilt ja nicht nur für 2005. Und jetzt können wir das Protokoll uns noch mal anschauen; können wir nachher für die Akten machen. Ich habe es jetzt im Moment nicht vorliegen. Nach meiner Erinnerung waren alle

anwesend. Ich bin - - nicht erinnerlich, dass Leute nicht da waren. Wenn es jemand von den Kollegen gerade griffbereit hat, können wir das checken.

Dann gibt es aber eine zweite Runde, nämlich die Vorbereitung des BMF-Schreibens aus dem Mai 2009. Ein BMF-Schreiben kann nur erlassen werden, wenn es eine Abstimmung mit den Ländern gegeben hat und eine Mehrheit der Länder zugestimmt hat. Das ist auch in diesem Fall so gewesen. Ich bin sicher, dass Ihr Bundesland dazu abgestimmt hat und - - Also, der Vorgang, dass man da schnell mit einem BMF-Schreiben etwas tun will, um massive Steuerausfälle zu verhindern, muss in Ihrem Haus auf dem Tisch gelegen haben, und Ihr Haus muss dazu ein Votum abgegeben haben.

Dann gibt es dazu ein weiteres Gesetzgebungsverfahren 2011. Und ich meine, das ist ja eine Serie von Fällen, mal abgesehen davon, dass zwischendurch auch mal was zu Dividendenstripping noch in der Zeitung stand, nämlich 2007, als es eine Sonderprüfung bei der WestLB gab. Und deswegen stellt sich mir die Frage, wie es sein kann, dass der Finanzminister eines Bundeslandes, dessen Mitarbeiter über diese Fragen die Hand heben und der letztlich dafür auch die politische Verantwortung hat, von diesen Prozessen dann nicht erfährt, wenn er gleichzeitig Verantwortung hat für eine Landesbank, die möglicherweise bei solchen Geschäften ist. Und deswegen versuche ich, rauszufinden, was da die Ursache sein kann; denn meine Motivation ist ja, solches für die Zukunft zu verhindern.

Zeuge Rainer Wiegard: Ja, also bei dem Ziel stimmen wir überein. - Ich will noch mal auf meine Eingangsbemerkung kommen, indem ich zu den beiden Akten, die sich in der Steuerabteilung befinden - - zu sprechen komme. Die zweite Akte, wie ich vorhin ausgeführt habe, umfasst die Vorgänge im Zusammenhang mit der verwaltungsseitigen Abstimmung der BMF-Schreiben vom 5. Mai 2009, -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.



4. Untersuchungsausschuss

Zeuge Rainer Wiegard: - 21.09.2010 und 03.03.2011. Die Akte enthält keine Unterlagen, die für den Leitungsbereich gefertigt oder diesem zur Kenntnis zugeleitet wurden. - Das ist der Sachverhalt.

Und aus der Stellungnahme zu dem Gesetzgebungsverfahren - ich lese es gerne noch mal vor -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe Ihnen zugehört.

Zeuge Rainer Wiegard: - ja - wird aber deutlich, finde ich, dass auch hier die Problematik - - Hier geht es darum: „Hintergrund sind - - Es geht um die Änderung der bescheinigenden Stelle, und „Hintergrund sind befürchtete Steuerausfälle im Zusammenhang mit Leerverkäufen“. Also, auch hier ist nicht der Sachverhalt dargestellt worden, dass es um befürchtete Steuerbetrugsgeschichten ging, sondern befürchtete Steuerausfälle. Also keinerlei Alarmsignal für mich, und ich kann mir nicht vorstellen, dass meine Mitarbeiter hier bewusst irgendwie getäuscht haben. Deshalb kann ich auch daraus nicht ableiten, dass es irgendeinen besonderen Hinweis zu geben hätte an die Abteilung, die für die Beteiligungsverwaltung zuständig ist.

Ich kann es schlicht und ergreifend auch nur bedauern. Das ist völlig klar. Selbstverständlich wäre mir lieb, wir würden diesen Untersuchungsausschuss erstens gar nicht haben und zweitens vielleicht schon acht Jahre vorher gehabt haben. Haben wir aber nicht. Also, offensichtlich ist ja niemand zu der Zeit so richtig auf der Liste gewesen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Während Ihrer Zeit als Finanzminister waren Sie durchgängig Mitglied des Aufsichtsrats der HSH Nordbank, aber nicht ihr Vorsitzender, richtig?

Zeuge Rainer Wiegard: Nein, ich war nur - ich glaube - zwei Jahre Vorsitzender, 2005 bis 2007, glaube ich.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Zeit waren Sie Vorsitzender, und sonst waren Sie Mitglied.

Zeuge Rainer Wiegard: Ja, bis 2009.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach 2009 waren Sie nicht mehr Mitglied des Aufsichtsrates.

Zeuge Rainer Wiegard: Nein.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer war dann für das Land Schleswig-Holstein - -

Zeuge Rainer Wiegard: Der Wirtschaftsminister zu der Zeit. - Komme ich gleich drauf.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Rainer Wiegard: Jost de Jager.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist in Aufsichtsratssitzungen mal das Thema Dividendenarbitrage oder Dividendenstripping angesprochen worden?

Zeuge Rainer Wiegard: Das kann ich jetzt aus der Erinnerung Ihnen nicht - - Kann ich nichts zu sagen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gab ja in dieser Zeit - - Oder es gab immer wieder Diskussionen um Steuergeschäfte sozusagen von Banken in der Zeit: 2007, habe ich genannt, eine Sonderprüfung bei der BaFin, Dividendenstripping. Es gab dann 2008/09 die Sache mit Steueroasen, die häufiger in den Medien waren. - Haben Sie mal nachgefragt im Aufsichtsrat, ob es eine entsprechende Regelung gibt bei der HSH, dass man keine komischen Steuergeschäfte macht? Haben Sie sich da mal explizit berichten lassen, ob da was anbrennen könnte?

Zeuge Rainer Wiegard: Also, ich bin mit meinen Kollegen aus Hamburg auch in mehrfachen Gesprächen mit den Vorstandsvorsitzenden regel-



4. Untersuchungsausschuss

mäßig zur Vorbereitung. Nicht dass wir ausdrücklich darüber gesprochen haben, aber es war für uns immer in diesen Gesprächen auch völlig klar, dass eine Bank, die mit öffentlichen Mitteln getragen wird und auf sehr intensive Weise gestützt wird, einfach keine Geschäfte zulasten des Steuerbürgers macht und im Übrigen auch sonst keine krummen Geschäfte. Das gibt es für eine Landesbank nicht, und mit dieser Überzeugung sind wir auch unsere Aufgabe angegangen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben es nicht explizit mal angesprochen, sondern Sie sind sozusagen davon ausgegangen, dass der Vorstand schon weiß, was er zu tun hat in diesem Bereich?

Zeuge Rainer Wiegard: Also, wir haben hin und wieder irgend- - Ich kann es Ihnen nicht sagen. Es ging einmal um irgendwelche Fragen Cayman Islands oder so, wo wir gefragt haben: Was ist der Hintergrund? - Fragen Sie mich jetzt aber nicht nach Details. Ich kann das wirklich nicht mehr nachvollziehen. Aber wissen Sie, eine Frage an den Vorstandsvorsitzenden: „Machen Sie krumme Geschäfte?“, zu welcher Antwort soll die führen?

(Heiterkeit)

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das meine ich nicht, sondern man kann sich ja mal erkundigen, welche Sicherungsmechanismen, welche Compliance-Systeme in einer Bank etabliert sind, um ein böses Erwachen später zu verhindern.

Zeuge Rainer Wiegard: Ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wir wissen ja, dass manche Banken Geschäfte dieser Art gemacht haben und andere Banken es nicht gemacht haben.

Zeuge Rainer Wiegard: Ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also scheint es ja auch so zu sein, dass es nicht ein Virus ist, an dem sich jeder ansteckt,

sondern manche Banken scheinen da Sicherungsmechanismen gehabt zu haben, die sie vor Kriminalität geschützt haben, und andere nicht.

Zeuge Rainer Wiegard: Ja, oder - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dafür gibt es eine politische Verantwortung, und über die reden wir.

Zeuge Rainer Wiegard: Oder manche haben eher eine Moral gepflegt, die sich anschießt, oder eine Moral gepflegt, die sich nicht anschießt. Und wir haben selbstverständlich Mechanismen gehabt. Wir haben auch Regularien gehabt, wir haben ein Leitbild gehabt, und niemand konnte davon ausgehen, dass Geschä- - auch andere Dinge. Gehen Sie mal davon aus, dass es wohl kaum jemanden gibt, der so bedauert, was in dieser Bank alles vorgefallen ist, ohne dass man das auf irgendeine Weise erkennen konnte.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer trägt dafür die politische Verantwortung?

Zeuge Rainer Wiegard: Die politische Verantwortung tragen die, die die notwendige Entscheidung möglicherweise nicht erkannt haben.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Aber das ist jetzt eine Bewertung, Herr Kollege Schick, die Sie von dem Zeugen verlangen. - Herr Wiegard, als Zeuge sind Sie verpflichtet, über Tatsachen Auskunft -

Zeuge Rainer Wiegard: Okay.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: - zu erteilen, die in dem vergangenen Untersuchungszeitraum liegen. Bewertungen brauchen Sie nicht abzugeben.

Und noch ein Hinweis aus der Datenlage, den Sie verifizieren oder falsifizieren können: Nach meinen Unterlagen haben Sie zum 31.12.2006 die Ämter des Aufsichtsratsvorsitzenden und des Vorsitzenden des Präsidialausschusses niedergelegt und zum 30.06.09 alle übrigen Ämter in der



4. Untersuchungsausschuss

HSH Nordbank, nämlich als Mitglied des Aufsichtsrats, des Präsidialausschusses, des Risikoausschusses und des Prüfungsausschusses. Können Sie das bestätigen? Weil da eben so eine kleine Unschärfe hineinkam.

Zeuge Rainer Wiegard: Ja, ich danke für die Erinnerung. Ich habe die Daten nicht mehr draufgehabt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nein, nur noch mal - - Wenn Sie Ja sagen, dann ist es gut.

Zeuge Rainer Wiegard: Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann haben wir es alle für das Protokoll auch präzise.

Zeuge Rainer Wiegard: Okay.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Zeit ist um?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Die Zeit ist schon lange um, ja. - Jetzt komme ich zum Kollegen Andreas Schwarz.

Andreas Schwarz (SPD): Recht herzlichen Dank. - Das BMF hat ja im Mai 2009 mit der Berufsträgerbescheinigung eine Voraussetzung geschaffen, um mal eine Leitplanke einzuziehen, dass es nicht mehr ganz so einfach ist mit den Gestaltungen. Und dieses BMF-Schreiben - haben wir ja gerade gehört - wurde auch mit den Ländern abgestimmt. Auch Schleswig-Holstein hat sich ja hierzu geäußert, hat da eine entsprechende Eingabe ans BMF und einen Formulierungsvorschlag letztendlich auch gemacht und hat den dem BMF zur Verfügung gestellt. Das mal als Vorbemerkung.

Hamburg und Schleswig-Holstein wollten die HSH schon seit der Gründung 2003 zu einer Investmentbank entwickeln. Das heißt, die Bank sollte sich am internationalen Kapitalmarkt ausbauen und auch dort Renditen erzielen. Wäre es da vor diesem Hintergrund der Ausrichtung der HSH-Bank nicht schon angesagt gewesen, frühzeitig so Prüfmechanismen einzuziehen, um zu gucken: „Sind solche Cum/Ex-Steuer-gestaltungsmodelle hier auch Geschäftsgebaren der HSH-Bank?“? Und was hat eventuell das Finanzministerium unternommen, um solche Geschäfte der HSH-Bank zu entdecken?

Zeuge Rainer Wiegard: Also, das Finanzministerium ist nicht darauf angesetzt, die Geschäfte der HSH Nordbank zu untersuchen. Das war nicht Gegenstand. 2003 ist von der Vorgängerregierung die Fusion der beiden Landesbanken vollzogen worden, und in der Tat sollte die Landesbank künftig als eine international agierende Investmentbank auch aufgestellt werden*, ist deshalb auch in die privatwirtschaftliche Rechtsform als Aktiengesellschaft überführt worden. Und wir hatten die Absicht - jedenfalls ich in meiner Amtszeit, nachdem ich 2005 das Finanzministerium übernommen habe -, dass wir die Bank fit machen für einen Börsengang, damit die Anteilseigner - also jedenfalls Schleswig-Holstein; Hamburg war da anderer Meinung - sich von Anteilen auch lösen können und die Bank das notwendige Eigenkapital sich an der Börse holt. Das war die Absicht.

Und zu dieser Vorbereitung eines Börsengangs gehört eben auch alles das, was Sie eben an Fragen so gestellt haben, außer der Frage, ob das Finanzministerium nun irgendwie untersuchte, ob die HSH Nordbank ordentliche Geschäfte macht. Das stand nicht auf der Tagesordnung, und das, was wir heute unter „Cum/Ex“ verstehen, hat auch damals keinerlei Rolle gespielt.

Andreas Schwarz (SPD): Das schon. Aber dass es zum BMF-Schreiben gekommen ist, hat ja einen Hintergrund. Also, man hat ja gemerkt: Da läuft

* Richtigstellung des Zeugen: „[...] als eine international agierende Investment-Geschäftsbank aufgestellt werden,“



4. Untersuchungsausschuss

scheinbar etwas irgendwie aus dem Ruder; man muss reagieren am Markt. - Und die Länder sind ja da beteiligt worden. Also müsste das ja zumindest mal intern eine Diskussion geben im Hause: Was haben die da in Berlin vor? Warum reagieren die so? Und was ist die Absicht, oder warum ist jetzt hier im Prinzip so operative Hektik am Markt? - Und vor dem Hintergrund, denke ich, ist es schon angebracht, weil es ja auch um unberechtigte Erstattungen geht, an denen ja auch ein Finanzministerium Interesse hat - wenn es zu Erstattungen kommt, dann sollten die ja gerechtfertigt sein -, dass man sich mal anschaut: Was könnte bei uns, in unserem Bundesland hier oder bei der Bank hier mal im Speziellen, da laufen? Vor allen Dingen bestätigen Sie ja vor dem Hintergrund, dass diese Bank ja versucht, sich am internationalen Kapitalmarkt auch hier zu etablieren, und damit ist es auch kein Geheimnis, dass man dann mitbekommt, dass da mittlerweile auch viel mit Steuergestaltungsmodellen international gearbeitet wird.

Zeuge Rainer Wiegard: Herr Kollege Schwarz, es geht hier um so einen Zeitraum von 2007 bis 2011 etwa, über den wir hier reden, wo diese Geschäfte stattgefunden haben. Wann sie dann wirklich mal erkannt worden sind, das war wohl eher schon fast danach. Darf ich Sie noch mal daran erinnern, was in dieser Zeit passiert ist? Ich habe damals einen Finanzhaushalt eines total maroden Landes übernommen. Wir standen am Abgrund: 1,7 Milliarden Defizit bei 5 Milliarden Steuereinnahmen. Ich hatte eine Bank übernommen, die HSH Nordbank, in meine Verantwortung, die mit einer Gewährträgerhaftung von meinen Vorgängern mit über 160 Milliarden Euro belastet war. Wir haben am 15. September die schwerste Finanzmarktkrise, die die Welt je erlebt hat, erfahren. Wir haben danach eine Wirtschaftskrise bewältigt - die erste Depression in Deutschland -, und wir haben ganz zwischen-durch - Gott sei Dank noch gerade rechtzeitig, bevor wir wieder in einen Aufschwung gingen - in die Verfassung des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein - als einzigem Land übrigen - die Schuldengrenze eingepflegt. Das waren die Probleme, die, wissen Sie, für ein ganzes Politikerleben oder für eine ganze Generation von

Politikerleben ausreicht. Ich musste das in fünf Jahren bewältigen.

Und wenn mir meine Steuerverwaltung eine Vorlage macht, in der sie sagt: „Hier machen wir was; das verhindert befürchteten Steuerausfall“, dann kann ich Ihnen nur sagen: Da muss ich mich dann nicht mehr drum kümmern, insbesondere nicht, wenn alle Stellen meiner Steuerverwaltung, alle Referate dafür sind, es keinen Widerspruch im Kabinett gibt, alle Länderfinanzminister dafür sind und der Vorschlag auch noch vom Bundestag vorher abgesegnet wurde. Also, da, muss ich Ihnen ehrlich sagen, weiß ich nicht, dass ich mich dann auch noch einschalten muss, um diese Details genau zu untersuchen.

Andreas Schwarz (SPD): Sie vielleicht nicht, aber vielleicht das Haus, dass man sich dann trotzdem mal anguckt: Hat das auch in unserem Bundesland - - Gibt es da jemanden, der da so ein Player wäre? - Also, das kann man, denke ich, schon erwarten.

Aber eine andere Frage: Inwieweit ist denn der Versuch unternommen worden vonseiten der Politik, ins operative Geschäft der HSH-Bank Einfluss zu nehmen? Gab es da Versuche überhaupt, oder hat man sich da grundsätzlich rausgehalten?

Zeuge Rainer Wiegard: Nein, das operative Geschäft ist Sache des Vorstandes. Was wir hier gemacht haben, ist, dass wir die Geschäftsmodelle natürlich beraten und beschlossen haben - welches sind die Schwerpunkte der Geschäftspolitik? -, insbesondere auch in Vorbereitung auf einen Börsengang.

Andreas Schwarz (SPD): Und die waren sicherlich intensiver nach der Rettung, dass halt die Politik dann schon hier versucht hat, Einfluss auf die Bank zu nehmen, dass man eben eine Bank hat, die weiterhin in einem vernünftigen Fahrwasser bleibt.

Zeuge Rainer Wiegard: Ich habe jetzt den ersten Teil Ihrer Frage akustisch nicht verstanden.

Andreas Schwarz (SPD): Ich denke, nach der Rettung der HSH-Bank war schon der politische



4. Untersuchungsausschuss

Wille da, hier Einfluss auf das Modell zu nehmen, dass die Bank in einem vernünftigen Fahrwasser bleibt.

Zeuge Rainer Wiegard: Ja, selbstverständlich. Wir haben ja also auch nicht nur nach der Rettung, sondern auch vor der Rettung schon die Leitplanken gesetzt, aber niemand kann verhindern, dass irgendjemand mit, ich finde, in diesem Fall krimineller Energie Geschäfte durchführt, ohne natürlich die Gremien darüber zu informieren.

Andreas Schwarz (SPD): Gut. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. - Dann danke ich und darf überleiten zu Herrn Pitterle von den Linken.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann CDU/CSU?

Christian Hirte (CDU/CSU): Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Mich interessiert noch mal die Frage „Aufsichtsrat und Kabinett“. Wenn Sie als Mitglied des Aufsichtsrates Informationen über solche illegalen - manche würden auch sagen: kriminellen - Geschäfte wie die Cum/Ex-Geschäfte erhalten hätten in dieser Größenordnung, also, wenn Ihnen das zum Beispiel 2008 oder so im Aufsichtsrat gesagt worden wäre, als Sie Aufsichtsratsmitglied waren, hätten Sie das dann Ihren Kabinettsmitgliedern sozusagen sagen müssen, sagen sollen, sagen dürfen und informieren: „Da ist ein massives Risiko, was wir politisch und finanziell haben“? Oder gibt es da eine Regel, was Sie da auch nicht informieren dürfen, oder wie ist man damit umgegangen?

Zeuge Rainer Wiegard: Na ja, das ist aber ziemlich einfach. Ich hätte die Steuerfahndung sofort losgeschickt und hatte ja für diese Zwecke, für

besondere, ich sage mal, Notfälle, extra eine Taskforce eingerichtet, die dann sofort auch einsatzbereit wäre. - Eine allgemeine Information über irgendwelche steuerlichen Vorgänge von Steuerunternehmen oder Steuerbürgern sozusagen an die große Öffentlichkeit ist -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das nicht. Nein, nein.

Zeuge Rainer Wiegard: - nicht möglich.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber sozusagen im Rahmen des Kabinetts wäre so etwas besprechbar gewesen, weil das natürlich auch eine politische Wirkung hat.

Zeuge Rainer Wiegard: Ach so.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will nur die Zusammenarbeit da verstehen.

Zeuge Rainer Wiegard: Herr Schick, erste Regel ist: die Steuerfahndung. Dann: Die Steuerbehörden haben die Steuergesetze umzusetzen. Ich habe - um Ihnen das zu erklären - gebeten, ich möchte nicht über einzelne Steuerfälle informiert werden, weil es für mich keine politischen Entscheidungen in aktuellen steuerlichen Angelegenheiten gibt, sondern hier gibt es nur und ausschließlich die Umsetzung der derzeit geltenden Gesetze, und seien sie noch so blöd. Und davon gibt es ja genug. Und erst wenn ein Problem auftritt, bei dem der, ich sage mal, der Rechtsordnung folgende Beamte sagt: „Jetzt muss ich hier mal den Chef informieren“ oder „Hier wird etwas jetzt angebrannt“, dann kriege ich eine Information. - Ich habe in der ganzen Amtszeit ganze zwei Mal mich eingeschaltet in einzelne Steuerfälle, aber nur mit der Maßgabe, dass die Steuerabteilung zusammen mit dem Finanzamt sich mit dem Steuerpflichtigen zusammensetzt; sonst keine.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und eine Erkenntnis, die Sie als Aufsichtsratsmitglied über Steuerthemen bei der HSH Nordbank erhalten hätten, hätten Sie, rechtlich



4. Untersuchungsausschuss

gesehen, nutzen dürfen in Bezug auf Anweisungen an die Steuerverwaltung.

Zeuge Rainer Wiegard: Nein, die hätte ich nicht nutzen dürfen, aber wahrscheinlich hätte ich es gemacht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Hat Sie Ihr Kollege - -

Zeuge Rainer Wiegard: Aber das ist wieder -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay.

Zeuge Rainer Wiegard: - jetzt ein Problem, wissen Sie, das man jetzt so konstruiert, und das ist jetzt so leicht gesagt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, ich habe da nur - - Ich wollte -

Zeuge Rainer Wiegard: Meinen Sie nicht, dass man sich - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - einfach nur kurz die Regularien wissen, ob da sozusagen eine rechtliche Grenze ist, und Sie haben das vollständig beantwortet.

Hat Ihr Kollege de Jager Sie, während er im Aufsichtsrat war und Sie Finanzminister waren, regelmäßig informiert über Vorkommnisse bei der HSH Nordbank, aktuelle Themen, Risiken für das Land?

Zeuge Rainer Wiegard: Wir haben sowohl in meiner Zeit als auch in der Zeit von Herrn de Jager das Kabinett informiert über die Angelegenheiten, über die das Kabinett informiert werden musste. Wir haben auch regelmäßig die Vorstandsvorsitzenden zum Gespräch im Kabinett gehabt, und möglicherweise hat es auch einzelne Gespräche zwischen Herrn de Jager und mir gegeben zu der Zeit. Aber das kann ich im Einzelnen jetzt nicht mehr nachvollziehen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Steuergeschäfte, Dividendenarbitrage, Cum/Ex - gab es nie ein Gespräch zwischen Herrn de Jager und Ihnen?

Zeuge Rainer Wiegard: Also das mit Sicherheit nicht, nein.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde Ihnen gern ein Dokument vorlegen. Das wird dann ein stiller Vorhalt, zu dem der Vorsitzende Ihnen jetzt gleich ein paar technische Anmerkungen macht. Ich sage kurz, welche Stelle es ist. Für das Protokoll: Das ist der BaFin-Ordner 2, Tagebuch 14/16, Anlage 8, die Seiten 1 bis 5. Konkret beziehe ich mich, weil der Rest geschwärzt ist, auf die Seite 4.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Wiegard, nur für Sie, weil das überraschend sein wird, denke ich, für jeden, der nicht mit der Praxis eines Untersuchungsausschusses tagtäglich vertraut ist: Da es ja sein kann, dass dieser Vorhalt aus einem eingestuften Akt etwas beinhaltet, was Sie noch nicht kennen, kann ich Ihnen jetzt - und ich gucke um mich, und keiner widerspricht - ein sogenanntes Schweigegebot auferlegen. Das geschieht hiermit. Das heißt also schlicht und ergreifend: Das, was Ihnen gleich vorgelegt wird und für Sie neu ist oder sein sollte, wird von Ihnen auch vertraulich zu behandeln sein, und wenn Sie sich dagegen verhalten sollten - Konjunktiv -, wäre dieses auch mit Strafe belegt. Von daher - also nur für den Fall, es ist neu, Sie kennen es noch nicht -: Sie haben zu schweigen, egal, gegenüber Dritten, damit eben auch dieses geheimhaltungsbedürftige Schriftstück jetzt nicht durch den stillen Vorhalt in öffentlicher Sitzung durch die Tür quasi Öffentlichkeit erfährt. - Ich danke Ihnen.

Zeuge Rainer Wiegard: Ja.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Und bei der Antwort müssten Sie auch bedenken, ob Sie diese Antwort geben können, obwohl Sie sich in öffentlicher Sitzung befinden, weil wir dann



4. Untersuchungsausschuss

nämlich diesen stillen Vorhalt eben dann auch als offenen Vorhalt zu einem späteren Zeitpunkt des heutigen Tages noch in einer nichtöffentlich eingestuften Sitzung machen müssten.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Und vielleicht ist es wichtig, dass Sie zunächst einmal kurz auf das Deckblatt gucken, um Datum und Hintergrund einordnen zu können, also die Seite 1; denn sonst können Sie, weil so viel geschwärzt ist, gar nicht zuordnen, was ist. Die erste Seite müsste Ihnen sagen, um was für ein Dokument es sich handelt.

(Der Zeuge blättert in den Unterlagen)

Ich wollte nur fragen, ob Sie davon irgendetwas mitbekommen haben in Ihrer Amtszeit als Finanzminister.

Zeuge Rainer Wiegard: Nein, ist mir so nicht bekannt. - Jetzt muss ich Ihnen allerdings auch sagen, wenn ich das so lese vom Ablauf her: Die Dividendenzahlungen wirken sich auf die Kurse der Aktien - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, Sie dürfen nicht vorlesen aus dem Dokument.

Zeuge Rainer Wiegard: Ach so, Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nein, nein. Da müssen wir jetzt - -

Zeuge Rainer Wiegard: Alles klar. Also, ich sage nur - - - Dann sage ich eine allgemeine Antwort.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich nehme mal einfach an, Ihre Antwort „Ist mir so nicht bekannt“ ist hervorragend für eine öffentliche Sitzung.

Zeuge Rainer Wiegard: Pardon. Dann sage ich eine allgemeine Antwort: Ich könnte aus diesem Text nicht ableiten, dass es sich hier um eine kriminelle Aktion handelt. Also - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das hätte dann jemand anderes in Ihrem Haus wissen können. Genau.

Zeuge Rainer Wiegard: Ja, das glaube ich auch nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber ich wollte ja nur wissen, ob Sie sozusagen Kenntnis bekommen haben.

Zeuge Rainer Wiegard: Nein.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und damit ist meine Frage auch beantwortet. Alles klar.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Haben Sie noch - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe keine weitere Frage.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. - Da ich aber schon vorausseilend um mich geschaut habe und festgestellt habe, dass die übrigen Fraktionen und Obleute keine weiteren Fragen mehr an Sie haben, Herr Wiegard, ist Ihre Vernehmung als Zeuge hiermit beendet. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie trotz Ihrer Erkältung gekommen sind, und wünsche Ihnen gute Genesung.

Sie werden das Protokoll der heutigen Zeugeneinvernahme demnächst zugestellt bekommen und haben dann, da es sich um eine öffentliche Einvernahme gehandelt hat, die Möglichkeit, binnen zwei Wochen Ergänzungen oder Korrekturen vorzunehmen.

Ihre endgültige Entlassung als Zeuge wird noch in einem formellen Beschluss erfolgen. Das geschieht aber erst, wenn dieser Ausschuss all seine Zeugeneinvernahmen beendet hat, um dann in einer Gesamtschau schauen zu können, ob und wie vielleicht ein Zeuge/eine Zeugin ein weiteres Mal gehört werden muss. Es ist aber nur eine Formalität. Bis dahin sind Sie rein theoretisch noch in diesem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung, ohne endgültig entlassen zu sein.



4. Untersuchungsausschuss

Ansonsten aber eine angenehme Heimkehr und gute Besserung nochmals!

Zeuge Rainer Wiegard: Danke sehr.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, hatte ich bereits zu Beginn der Sitzung mitgeteilt, dass die weitere Beweisaufnahme am heutigen Tage in als Geheim eingestufte Sitzung erfolgen wird. Die Entscheidung über diese Einstufung obliegt gemäß § 15 PUAG dem Ausschuss. Die Beratung kann grundsätzlich hierüber nur in nichtöffentlicher Sitzung erfolgen, es sei denn, es besteht kein Beratungsbedarf im eigentlichen Sinne. Ich bitte Sie daher um kurze Mitteilung, ob der Beschluss, die Vernehmung geheim fortzuführen, und zwar im Saal 2.400, ohne Sitzungsunterbrechung gefasst werden kann. - Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Der Öffentlichkeit und den anwesenden Presse-Teilnehmern teile ich nunmehr mit, dass der Ausschuss nichtöffentlich tagt und nicht in diesen Anhörungssaal zurückkehren wird. Ich wünsche Ihnen daher einen schönen Nachmittag und bitte Sie auch, die Tribüne zu verlassen.

Nach der sogleich folgenden Unterbrechung darf ich alle Kolleginnen und Kollegen sowie alle anderen auch noch mit der weiteren Aufklärung betrauten Personen bitten, sich in den Sitzungssaal 2.400 zu begeben.

Ich unterbreche nunmehr die Sitzung für zehn Minuten, setze sie dann in 2.400, dem Sitzungssaal des Haushaltsausschusses, fort. - Ich danke Ihnen. Bis gleich!

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 16.09 Uhr -
Folgt Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung, Geheim)

Raptis Tanja PA30

Von: Vorzimmer PA30
Betreff: WG: Cum/Ex-Untersuchungsausschuss: Übersendung von Unterlagen.
Anlagen: image001.png
Wichtigkeit: Hoch

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Rainer Wiegard [mailto:]
Gesendet: Donnerstag, 23. Februar 2017 13:01
An: Pasch Raimond PA30 <@bundestag.de>
Betreff: AW: Cum/Ex-Untersuchungsausschuss: Übersendung von Unterlagen.
Wichtigkeit: Hoch

Hallo Herr Dr. Pasch,

Sie hatten mir das Protokoll meiner Zeugenvernehmung übersandt. Ich habe lediglich die Bitte, auf Seite 24, rechte Spalte, ein Wort zu korrigieren:

„... und in der Tat sollte die Landesbank künftig als eine international agierende InvestmentGeschäftsbank aufgestellt werden.“

Danke für Ihre Bemühungen.

Schöne Grüße

Rainer Wiegard

Rainer Wiegard

Mitglied des Landtages

Finanzminister a.D.